

Mehr Ehrgeiz für Klimaschutz gefordert

Klimabündnis Rastatt sucht Gespräch mit Landtagsabgeordneten / Auftakt mit Alexander Becker

Rastatt (nora) – Derzeit arbeitet die Landesregierung an einer Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg. Eckpunkte sind bereits in die Öffentlichkeit gedrungen und haben das Klimabündnis Rastatt auf den Plan gerufen. Die Aktivisten halten das Gesetz für unzureichend und führen daher Gespräche mit den Landtagsabgeordneten aus der Region.

Den Anfang machte jetzt Alexander Becker (CDU), der sich zwei Stunden Zeit nahm, um sich in den Räumen von Bündnissprecher Erwin Groß in Ottersdorf mit den Vertre-

tern der Klimainitiative auszutauschen. Ebenfalls dabei war Niklas Schurig von „Kuppenheim 4 Future“, der eng mit den Rastattern zusammenarbeitet.

Laut Becker sieht das neue Klimaschutzgesetz, das im Oktober verabschiedet werden soll, eine Reduktion der Treibhausgase um 42 Prozent bis 2030 vor. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz“, sagte der Politiker. Groß widersprach: „Das Gesetz geht nicht weit genug.“ Schurig zeigte sich regelrecht alarmiert: „Mit dem Konzept der Landesregierung erreichen wir das 1,5-Grad-Ziel von Paris nicht einmal annähernd.“

Dazu sei eine Klimaneutralität bis 2030 nötig.

Becker räumte ein, dass das 1,5-Grad-Ziel vielleicht nicht zu schaffen sei. „Wir halten aber dennoch an diesem Ziel fest. Es aufzugeben, wäre das falsche Signal.“ Das Gesetz sei ein „Kompromiss“, denn schließlich gehe es auch um Arbeitsplätze. „Wir setzen auf Innovation, neue Techniken und die Energiewende.“

Alfred Uhing aus Muggensturm hielt dagegen: „Diese Zeit haben wir nicht!“ Die Klimakrise sei weit schlimmer und folgenreicher als die Corona-Pandemie, in die ungläubliche Summen gesteckt würden.

„Der weit überwiegende Teil der Mittel wird dazu verwendet, die alte Industrie wieder hochzufahren, statt das Geld für eine zukunftsfähige Transformation zu nutzen“, kritisierte er und forderte insbesondere eine klimafreundlichere Mobilität.

Schurig bekräftigte: „Fast ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen kommen in Mittelbaden aus dem Verkehrssektor. Wir brauchen dringend eine massive Reduktion beim Individualverkehr und einen Strukturwandel – sowohl bei der Fahrzeugherstellung als auch bei den Verkehrskonzepten.“

Becker sieht ebenfalls eine Transformation der Wirtschaft als notwendig an, meinte jedoch: „Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise können wir die Autohersteller nicht noch mehr belasten. Wir brauchen auch künftig Industrieproduktion in Deutschland.“ Er verwies auf andere Maßnahmen, die im Klimaschutzgesetz verankert seien. Insbesondere solle der Ausbau von Fotovoltaik-Anlagen vorangetrieben werden. Groß und Becker waren sich einig, dass dazu das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert werden müsse, das viele bürokratische Hürden aufbaue.

Als „gute Sache“ hob Becker auch die Gründung einer Klimaschutzstiftung aus Strafzahlungen hervor. In diese sollen künftig Kompensationen des Landes etwa für Flüge fließen. „Diese Mittel werden für Aufforstungen verwendet – bei uns und auch global“, so der Landtagsabgeordnete. Das Klimabündnis Rastatt begrüßte die Maßnahme, blieb aber bei seiner Haltung: „Wir sind mit dem Gesetz nicht einverstanden.“

Weitere Gespräche führen die Aktivisten demnächst mit den Abgeordneten Thomas Hentschel (Grüne) und Jonas Weber (SPD).